

Herrn Ministerpräsident
Volker Bouffier
Hess. Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

Laubach, den 23.05.2016

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

am 31. Mai, so war der Presse zu entnehmen, treffen Sie sich mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der übrigen Bundesländer sowie den Verantwortlichen der Bundesregierung, um über den Referentenentwurf zum EEG-2016 zu beraten.

Durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Publikationen in Fachzeitschriften und der Berichterstattung in führenden Tageszeitungen während der letzten Monate ist es den politischen Verantwortlichen wohl nicht verborgen geblieben, dass begründete Zweifel an der Machbarkeit einer Strom – und Wärmeversorgung, basierend auf den Primärenergieträgern Sonne und Wind, bestehen. So gibt es auch mittlerweile in der EE-Industrie und bei den sogenannten „Think-Tanks“ (IWES, AGORA) Konsens darüber, dass auch eine Vervielfachung der Windkraftanlagenpopulation keine Verstärkung (Glättung) der Stromeinspeisung ergeben wird.

Die ursprünglichen Behauptungen der EE-Protagonisten „irgendwo weht immer Wind“ oder „auf das den Mix der Erneuerbaren kommt es an“ wurden längst durch die Realität und die mathematische Statistik widerlegt. Damit ist auch klar, dass eine entscheidende Prämisse der Energiewende, die Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren gewährleisten zu können, zu den vielen Fehleinschätzungen dieses Jahrhundertprojektes gehört.

Entgegen den ursprünglichen Annahmen zeigt sich deutlich, dass der weitere Zubau von erneuerbaren Erzeugerquellen die Risiken einer sicheren Stromversorgung verstärken. Darüber hinaus korrelieren Zubau und EEG-Umlage. Mit jeder produktiven EE-Anlage steigt die EEG-Umlage und steigen somit die Kosten für die Verbraucher. Damit wird eine weitere, im Energiewirtschaftsgesetz verankerte Prämisse, die Bezahlbarkeit von Strom, auf dem Altar einer grünen Ideologie geopfert.

Nach den Berechnungen von Analysten wird die Energiewende bis zum Jahr 2035 mehr als 500 Milliarden Euro Mehrkosten bei der Stromversorgung verursacht haben. Der Grund für die geringe Effizienz der eingesetzten volkswirtschaftlichen Mittel ist, dass die Stromproduktion aus Wind-/Sonne-Kraftwerken aus meteorologischen Gründen zeitlich unkorreliert mit unserem Lastverhalten, über ganz Deutschland hinweg aber räumlich hoch korreliert ist. Das hat zur Folge, dass die EE-Anlagen in wenigen Stunden im Jahr Überschüsse produzieren, aber in mehr als der Hälfte der Jahresstunden nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung stehen, weshalb sie thermische Kraftwerke nicht ersetzen können.

Um Deutschland alleine aus Wind-/Sonne-Kraftwerken und Speichern mit Strom zu versorgen, müssten nach Berechnungen der Analysten Speicher im Umfang von ca. 80 TWh (Milliarden Kilowattstunden) gebaut werden – tatsächlich bestehen Pumpspeicherkraftwerke derzeit erst im Umfang von ca. 0,04 TWh. Mit Speichern der Power to Gas-Technologie, die derzeit eine hohe Planungspräferenz besitzen, wird im Verhältnis von 4:1 Primärenergie vernichtet. D.h. um 1 kWh Strom aus einem "power-to-gas-Verfahren zu gewinnen, müssen 4 kWh eingespeist werden. In der Kostenrelation bedeutet das, dass Strom mit Kosten von mindestens 40 Cent in den Speicher eingespeist werden muss, um ein Äquivalent von 3-4 Cent an der Strombörse zurückzugewinnen. Durch diesen Vernichtungsprozess elektrischer Energie, der fälschlicherweise als Stromspeicherung bezeichnet wird, wird sich die EEG-Umlage um etwa 5 Milliarden Euro p.a. erhöhen. Die Belastungen aus der Finanzierung und dem Betrieb dieser Speichersysteme werden zwangsläufig die Umlage weiter in die Höhe treiben.

Um den Ausgleich von wetterbedingten Erzeugungsschwankungen zu gewährleisten sind, wegen der ungelösten und vermutlich nicht lösbaren Speicherprobleme, konventionelle Kraftwerke notwendig. Doch dem Energiesektor fehlen angesichts stark gesunkener Börsenpreise für Strom und einer gesunkener Kapazitätsauslastung thermischer Kraftwerke die Investitionsmittel, um auf CO₂-arme Techniken wie Gaskraftwerke umzustellen. Dass sich keine messbare CO₂-Reduktion durch den Ausbau der Wind-/Sonne-Kraftwerke ergibt, weil sich der Anteil von Erneuerbaren am Primärenergieverbrauch im niedrigen einstelligen Bereich bewegt, verdeutlicht, dass dieses wichtige Ziel der Energiewende mit dem Zubau von Wind-/Sonne-Kraftwerken unerreichbar ist.

Mit der vorliegenden EEG-Novelle 2016 wird ein weiterer Versuch unternommen, den Anstieg der EEG-Umlage zu dämpfen und den Wettbewerb auf dem Strommarkt zu stärken.

Wegen der vorgesehenen Differenzierung zwischen Stark- und Schwachwindregionen – letztere befinden sich vor allem auch in Hessen und den angrenzenden Binnenländern – werden diese Zielvorgaben nicht erreichbar sein.

Durch die Einführung eines "einstufigen Referenzertragsmodells" für WKA im Binnenland werden windschwache Standorte besonders stark gefördert. Während an einem "100-Prozent-Standort" eine Einspeisevergütung von etwa 7 Cent zu grunde gelegt wird, wird die Vergütung an Schwachwindstandorten bei 9,03 Cent liegen. Dieser Vergütungssatz soll über 20 Jahre gewährt werden. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb geht anders!

Sehr geehrter Herr Bouffier,

viele unserer Mitstreiter waren oder sind Mitglieder Ihrer Partei. Bei den letzten Kommunalwahlen haben sie sich z.T. als Kandidaten für energiewendekritische Parteien – zu denen in einigen Regionen auch Ortsverbände der CDU gehörten - aufstellen lassen oder haben eigene Wählervereinigungen gegründet. Das Ergebnis hat in vielen Wahlbezirken zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Parlamente geführt. In einigen Kommunen konnten unsere Bündnisse die Mehrheit erringen. Die CDU sollte dies als Signal für die nächsten Wahlen in 2017/2018 werten. Wir haben kein Verständnis, dass die CDU um des Machterhaltes willen die Deindustrialisierung und Naturzerstörung des Landes wissentlich in Kauf nimmt.

Bitte lehnen Sie den Gesetzentwurf EEG 2016 ab und setzen Sie sich für ein Moratorium ein, um Zeit für ein Neudenken der Energiewende zu gewinnen.

Mit freundlichem Gruß

Hans Teegelbekkers
für Vernunftkraft-Hessen e.V.